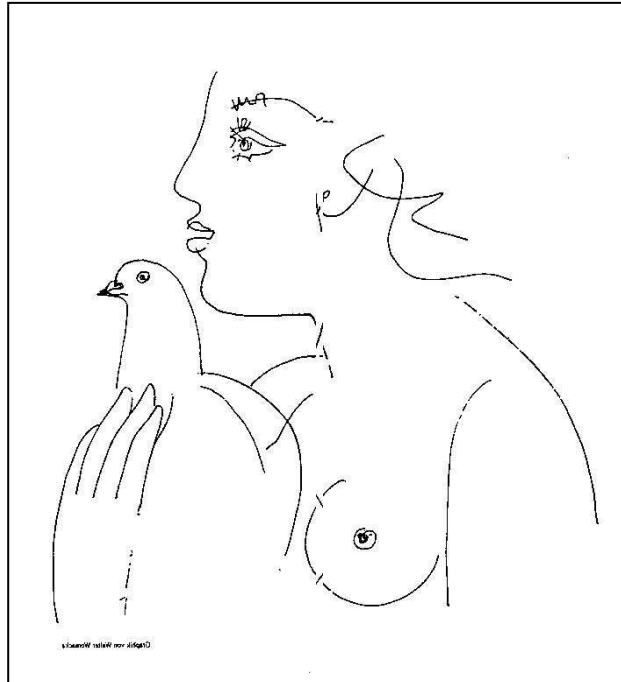


Nr. 146



## **Die USA - 2014 Wahlen zum Kongress**

von

**Prof. Dr. Rolf Sieber**

Redaktionsschluss: 15. August 2014

---

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.  
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: [gbmev@t-online.de](mailto:gbmev@t-online.de) Homepage: [www.gbmev.de/](http://www.gbmev.de/)

Am 4. November 2014 finden in den USA auf zentraler Ebene, d. h. in allen 50 Bundesstaaten und in der Bundeshauptstadt Washington, D.C., die Kongresswahlen statt, für die auch der Begriff Zwischenwahlen benutzt wird, weil sie zwischen den beiden Amtsperioden des jeweiligen US-Präsidenten liegen.

Zur Wahl stehen alle 435 Abgeordnete des Repräsentantenhauses (erste Kammer des Kongresses), die über zwei Wahljahre verfügen, sowie rund ein Drittel der 100 Senatoren (zweite Kammer des Kongresses), die sechs Jahre ihrer Wahlzeit absolviert haben.

Allen Abgeordneten und den zu wählenden Senatoren gehört nunmehr eine relativ hohe Stufe der Aufmerksamkeit sowohl durch die gesamte Bandbreite der Medien (Presse, Rundfunk, Fernsehen) als auch durch die Öffentlichkeit und natürlich in erster Linie durch das Wahlvolk. Gemessen werden die sich bewerbenden Abgeordneten und Senatoren am Inhalt ihrer Wahlprogramme und an den damit verbundenen Versprechungen und Vorhaben zu deren praktischer Realisierung

Das Wahlergebnis am 4. November 2014 wird darüber entscheiden, wie es mit der Besetzung aller Führungsstellen des Kongresses weitergehen wird. Im Jahre 2010 hatten bei den Zwischenwahlen die Republikaner die Mehrheit in der ersten Kammer erobert und den Posten des Vorsitzenden (Sprecher) des Repräsentantenhaus übernommen. Der republikanische Abgeordnete John Boehner wurde nach Präsident Obama und Vizepräsident Biden der dritte Mann im Staat mit all den damit verbundenen Rechten und Pflichten.

Die Kongresswahlen 2014 in den USA finden in einer außerordentlich komplizierten außenpolitischen und innenpolitischen Situation statt.

**Außenpolitisch** sieht sich die Administration von Obama damit konfrontiert, dass es immer komplizierter wird, den Anspruch der USA als Supermacht die Welt zu dominieren durchzusetzen. Dieser Tatsache entsprechen die diplomatischen, wirtschaftspolitischen und militärischen Aktivitäten bis hin zu Erpressungen, Einmischungen in innere Angelegenheiten souveräner Staaten, direkte und indirekte Kriege bzw. Kriegshandlungen, um diese Stellung

der USA zu bewahren bzw. keine Konkurrenten aufkommen zu lassen (China, Rußland, EU).

**Innenpolitisch** sieht sich das Land vor beträchtlichen Problemen bei der Bewältigung der krisenhaften Probleme in der Wirtschaft. Das innenpolitische Prestigeprojekt des Präsidenten „Obamacare“ kommt nur schleppend voran, Probleme der Gleichberechtigung von Ethnien und Migranten werden nicht gelöst, Umweltprobleme harren zügiger Lösungen. Und all das bei maßlos aufgeblähten Ausgaben für Rüstung und Militär, mit denen die USA Jahr für Jahr an der Spitze in der Welt stehen.

Die Leitlinien der Politik sind im Wahljahr entsprechend, und einige sollen hier thematisiert werden.

Sowohl für die Demokratische als auch für die Republikanische Partei geht es bei diesen Wahlen darum, eine Analyse aller Wahlergebnisse seit 2008/2009 vorzunehmen, um die politische Strategie bis zur Präsidentenwahl 2016 festzulegen.

In den Reihen der Demokratischen Partei, der Partei von Präsident Obama, dominierte bei den Stellungnahmen in der Parteiführung sowie seitens des linken Parteiflügels eine Diskussion darüber, wie man weitere Einbrüche bei den Wählerstimmen verhindern will und mit Hilfe eines erneuerten Wahlprogramms vielleicht sogar die Mehrheit an Wählerstimmen für das Repräsentantenhaus wieder zurückerobern kann. Für den Senat, so wurde als Schlussfolgerung hervorgehoben, gelte es, mit aller Konsequenz die Senatsmehrheit weiter zu erhalten beziehungsweise noch mehr Senatorensitze zu erobern.

In den Reihen der Republikanischen Partei als Opposition überwog dagegen die Diskussion darüber, wie man es schaffen könnte, die Anzahl der Mitglieder des Repräsentantenhauses noch zu erweitern und wie in der zweiten Kammer die Senats - Mehrheit zu schaffen sei; damit die Republikanische Partei dann schließlich den gesamten Kongress beherrschen kann.

### **Die Demokratische Partei**

Die gegenwärtige Führung der Demokratischen Partei ist der Überzeugung, dass die Partei in Auswertung historischer Erfahrungen

vor allem aus der Zeit der großen ersten Weltwirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts und nach einer kritischen Einschätzung des noch gültigen Wahlprogramms zu qualitativ Erfolg versprechenden Ideen und Projekten in der Wirtschafts- und Sozialpolitik kommen wird. Solchen Überlegungen wurde nachgegangen, wie die Demokratische Partei beispielsweise die Forderung nach Anhebung des Mindestlohnes pro Arbeitsstunde von gegenwärtig 7,25 Dollar auf 10,10 Dollar ab Januar 2015 als Wahlkampfaktor zur Wirkung bringen könne. In den USA wurde der Mindestlohn im Jahr 1938 unter Präsident Franklin D. Roosevelt mit Gesetzeskraft eingeführt und später mehrfach entsprechend der jeweiligen neuen konkreten wirtschaftlichen und sozialen Lage des Landes, den neuen Bedingungen durch angepasst.

Gegenwärtig ist die Forderung nach Anhebung des Mindestlohnes wieder populär geworden. Demonstranten in der Bundeshauptstadt Washington, D.C., hatten Ende 2013/Anfang 2014 bei ihren Aktionen solche politischen Losungen ausgenutzt, dass es heute nicht schlechthin um Lohnverbesserungen gehe, sondern um "einen Lohn zum Überleben", der den gegenwärtigen Leistungen der Arbeiter und Angestellten gerecht wird.

Bereits im April hatte Präsident Obama - wortgewandt wie immer - auf dem „Bürgerrechtsgipfel“ in Austin (Texas) den Kampf gegen Diskriminierung und Armut thematisiert. Er bezog sich dabei auf entsprechende Gesetzesinitiativen von Lyndon B. Johnson aus den 1960er Jahren - eine beliebte Praxis von US-Präsidenten, bei ihren Vorgängern Anleihen für die Lösung ihrer aktuellen Problem zu suchen.

So nutzte Obama seinen Auftritt dazu, eine Legitimierung für seine Politik im Kampf gegen Diskriminierung und Armut zu erhalten, die dem Staat eine Hauptrolle in dem Bemühen zuschreibt, die vom amerikanischen Traum verhiessene Chancengleichheit (wieder)herzustellen. Er schreckte jedoch wieder einmal davor zurück, sich als Anwalt der Afroamerikaner zu präsentieren, deren Rückstand in allen Gesellschaftsstatistiken nach wie vor bedrückend bleibt. Es stimmt, gab Obama zu, dass "Rassenfragen noch immer unsere politischen Debatten färben", und dass manche Programme der Regierung hinter ihren Ansprüchen zurückblieben.

Diejenigen in der Bürgerrechtsbewegung, die sich vom ersten schwarzen Präsidenten mehr erhofft hatten, als den gelegentlichen Verweis auf die historische Zäsur seiner Wahl, wurden auch in Austin enttäuscht. Im Februar 2014 hatte Obama immerhin eine Initiative "My Brothers Keeper" vorgestellt, um die Bildungs- und Berufschancen für farbige Jungen und junge Männer zu verbessern.

Etwa um die gleiche Zeit fand im Rosengarten des Weißen Hauses eine Veranstaltung zur Gesundheitsreform, speziell zur Würdigung der laut Weißem Haus seit einigen Monaten registrierten guten Einschreiberesultate statt

Obama hatte das "gute Resultat am Ende der ersten Einschreibefrist für private Krankenversicherungen" (31. März 2014) zum Anlass genommen, seine Gesundheitsreform noch einmal umfassend zu lobpreisen: Sie müsse zwar verbessert werden, aber sie werde auf jeden Fall weiter bestehen und vervollkommnet. Laut Angaben des Weißen Hauses haben Millionen US-amerikanische Bürger in den letzten sechs Monaten private Krankenversicherungen abgeschlossen. Dieses Resultat, das die Erwartungen vor allem nach dem Debakel bei Beginn der Einschreibefrist am 1. Oktober 2013 deutlich übertraf, feierte Präsident Obama nun mit Mitgliedern seines Kabinetts und demokratischen Kongressmitgliedern im Rosengarten des Weißen Hauses.

In seiner Rede warb der Präsident nochmals intensiv für die Idee, dass alle Menschen in den USA die Möglichkeit haben sollen, eine Krankenversicherung abzuschließen. Er appellierte an die Gegner seiner Gesundheitsreform, sie sollten die Bemühungen zu deren Annullierung endlich aufgeben: "Die Debatte darüber ist zu Ende. Die Gesundheitsreform wird bleiben." Die Geschichte werde mit denjenigen ungnädig umgehen, die den US-Amerikanern eine wirtschaftliche Grundsicherheit vorenthalten wollten. Niemand, der dem Fortschritt im Wege gestanden habe, werde in guter Erinnerung bleiben. Die Gesundheitsreform bedeute einen solchen Fortschritt, auch wenn dies zuweilen chaotisch und umstritten gewesen sei.

Abschließend dazu muss festgestellt werden: Wirklich aussagefähige und zuverlässige Zahlenangaben über Erfolg oder Misserfolg der

Gesundheitsreform sind erst in einigen Monaten zu erwarten. Niemand konnte im März/April 2014 exakt die genaue Zahl der Versicherungsabschlüsse nachweisen, weil zu wenig Informationen über die neuen Versicherten bekannt sind. Niemand weiß vor allem, ob die neuen Versicherten vorab nicht bereits versichert waren oder ob sie ihre ursprüngliche Krankenversicherung verloren hatten, weil diese nicht den Vorgaben von Obamacare entsprachen.

Der Begeisterung von US-Bürgern, die staatlich subventioniert billige Krankenversicherungsverträge kaufen konnten, steht jedenfalls der Ärger anderer Bürger entgegen, die höhere Prämien zahlen müssen oder die ihre Versicherungsverträge aufgeben mussten, weil diese den Wünschen der Regierung nicht entsprachen. Um diesen Ärger abzumildern, hat die Regierung noch im März erlaubt, dass Altverträge teils bis zum Herbst 2016 fortgeführt werden dürfen, obwohl sie eigentlich nicht Obamacare - konform sind.

Angesichts der bevorstehenden Kongresswahlen 2014 erachteten Obama - Mitstreiter einen Personalwechsel an der Spitze des US-Gesundheitsministeriums für wichtig. Nach den Pannen bei der Umsetzung der Gesundheitsreform erklärte die 65jährige Gesundheitsministerin Kathleen Sebelius ihren Rücktritt vom Amt, für das sie im April 2009 vereidigt worden war. Sie gehörte damit zu den dienstältesten Ministern des Kabinetts. Als Nachfolgerin wurde Mathews Burwell, Budget - Direktorin im Weißen Haus, nominiert.

Eine qualitativ neue Situation bildete sich für die Demokratische Partei Mitte 2014 heraus: Am 10. Juni erschien gleichzeitig in englischer und deutscher Sprache eine zweite Fassung der Autobiographie von Hillary Rodham Clinton mit dem Titel "Entscheidungen". Obwohl die Autorin gegenüber Medien mehrfach darauf verwies, dass sie ihre Bewerbung für die nächste Präsidentenwahl 2016 unbedingt noch offen lassen möchte, war ihre Antwort auf eine der Fangfragen von dem Künstler Jon Stewart "Was würde denn passieren, wenn Sie einfach aus der Öffentlichkeit verschwänden?" - "Oh, ich glaube, da würden viele Leute arbeitslos."

Bei all ihren Auftritten, ob als First Lady an der Seite ihres Ehemanns im Weißen Haus, als Senatorin für den US-Bundesstaat New York oder als US-Außenministerin und Chefdiplomatin unter

Präsident Obama, stets präsentierte sich Hillary Clinton als hart arbeitende Politikerin, die aber auch schwere Fehlentscheidungen traf (mit der Zustimmung zum Irak -Krieg "habe ich einen Fehler gemacht"), die sich jedoch stets nach eigener Feststellung, an folgende Lebensmaxime hielt: Der Titel des Buches "Entscheidungen" fasst am besten "meine Erfahrungen, Gedanken und Gefühle auf dem Hochseil der internationalen Diplomatie zusammen. Welche Entscheidungen wir treffen, welche Weichen wir stellen, davon wird auch abhängen, ob Amerika seine Stellung im 21. Jahrhundert wahren kann. Eines allerdings war für mich nie eine schwere Entscheidung: unserem Land zu dienen. Es war die größte Ehre meines Lebens." (Quelle: Hillary Rodham Clinton: Entscheidungen, 2014, Seite 16 der deutschen Ausgabe Droemer Verlag.)

Als Beweis dafür, dass die Memoiren von Hillary Rodham Clinton bereits die Vorstellung vermitteln, sich mitten im Wahlkampf für den Präsidentenposten 2016 zu befinden, seien genannt: Zwei Millionen Vorbestellungen des fast 800 Seiten starken Buches; große bereits terminierte Fernsehauftritte in mehreren Ländern.

Präsidentenschaftsbewerber in der Demokratischen Partei wie Obamas Vize Joe Biden und Senatorin Elisabeth Warren, Liebling des linken Flügels der Partei, verzichteten auf ihre Bewerbung. Bereits seit Monaten bestehende agierende Vereine wie "Ready for Hillary" und "Priorities USA-Aktion". Ersterer hat schon sechs Millionen Dollar im Kasten, letzterer sorgt sich um Großspender.

### **Die Republikanische Partei**

In den Wahlkämpfen der Republikanischen Partei überwog die Suche nach einer Persönlichkeit, die Obama ablösen könnte. Ins Gespräch um den möglichen Nachfolger von Obama kamen immer wieder an erster Stelle Jeb Bush aus dem Bush-Clan, dann aber ebenso der Gouverneur von New Jersey Chris Christie und die drei Senatoren Marco Rubio, Rand Paul und Ted Cruz. Aus der Sicht republikanischer Eliten meinte Robert Costa von der Washington Post im TV-Sender NBC: "Sie sehen Jeb Bush als aussichtsreichen Kandidaten gegen Hillary Clinton. Wenn Christie weiter schwächelt, sehen sie Jeb Bush als den Einzigen, der gegen Clinton bestehen kann."

Im April 2014 kündigte der heute 61 Jahre alte republikanische Politiker Jeb Bush an: "Bis Ende des Jahres werde ich entscheiden, ob ich antrete." Seine Entscheidung hänge von zwei Faktoren ab: Erstens "Kann ich es mit Freude tun? Wir brauchen Kandidaten, die für eine bessere Stimmung sorgen. Unser Land ist derzeit ziemlich pessimistisch: Zweitens: Und ist es das Richtige für meine Familie.

Die Zustimmung seiner Familie war anfangs keineswegs so sicher. Sein Vater, der 41. Präsident der USA, Georg Herbert Walker Bush, würde sich sehr freuen. Nach dessen Einschätzung besitzt Jeb die größere Begabung zur Ausübung politischer Führungstätigkeit als sein älterer Bruder George W. Bush. Letzterer wurde der 43. Präsident der USA, dessen Präsidentschaft jedoch nach zwei Kriegen und einer Finanzkrise im Chaos und mit einem Schuldenberg unvorstellbaren Ausmaßes endete. Heute gibt sich George W. Bush als ein Mensch, der die Politik gänzlich aufgegeben hat und dafür als Maler in künstlerischen Kreisen neue Lebensziele zu erringen versucht. Die ideologischen Schlachten der Vergangenheit habe er hinter sich gelassen.

Jeb's Mutter, die frühere First Lady Barbara Bush, war zunächst anderer Meinung: "Zwei Präsidenten namens Bush - das reicht." "Jeb ist mit Abstand der kompetenteste Mann. Aber Nein! Es gibt doch viele großartige Familien und andere kompetente Leute. Wir hatten genug Bushs." Sie fürchtet, dass Jeb wegen seines Nachnamens sämtliche Bush - Kritiker gegen sich mobilisieren würde. Daher ihre Abneigung gegen ein erneutes Duell mit den Clintons, nachdem ihr Mann 1992 als amtierender Präsident gegen Bill Clinton unterlag. Heute jedoch hat Jeb's Mutter wieder zum Standpunkt des Familienoberhaupts zurückgefunden. Die gesamte Familie Bush ist nun einer Meinung: Die Präsidentschaft der USA unter der Nummer 45 würde gern von Jeb Bush übernommen.

In den weiteren Auftritten von Jeb Bush beobachteten Experten eine besondere Kampfansage an die beiden republikanischen Senatoren Rand Paul und Ted Cruz, die im Wahlkampf als Favoriten für das Wahlprogramm der Tea - Party - Bewegung eintraten. Jeb Bush bereiste das Land und unterstützte dort seine Parteifreunde, die sich



im November der Kongress - Wahl stellen wollen und half damit auch sich selbst. In Las Vegas wurde er vom Milliardär und Großspender Sheldon Adelson empfangen, der ihm auch Unterstützung zusagte.

Jeb Bush unterstrich schließlich, dass er zur Wahl im November 2016 nur dann antreten werde, wenn er eine "optimistische Botschaft für die gesamte USA" verkünden könne und nicht nur eine Schlammschlacht mit den Demokraten überstehen werde. Er wolle sich selbst treu bleiben.

Am Ende der Vorwahlen 2014 kam es in der Leitung der republikanischen Fraktion des Repräsentantenhauses zu einem für die politische Situation besonderen Vorkommnis. In Berichten wurde von einem Umsturz und einem Comeback der Erzkonservativen entgegen der Hoffnung auf einen moderaten pragmatischen Kurs konservativer Republikaner gesprochen.

Ursache: Erstmals seit 100 Jahren verlor ein Vorsitzender der republikanischen Fraktion im Repräsentantenhaus bei einer parteiinternen Vorwahl sein Mandat an einen nahezu unbekanntem Kandidaten.

Eric Cantor, der anerkanntermaßen zum führenden Establishment der Republikaner gehört, unterlag im 7. Kongressbezirk der Bundeshauptstadt Virginias einem völlig unbekanntem Wirtschaftsprofessor namens David Brat. Das bedeutete eine mögliche Änderung in der Vorrangstellung zwischen zwei Flügeln im konservativen Lager der Republikaner zugunsten der Erzkonservativen.

Brat attackierte Cantor - und das ist bezeichnend - wegen dessen angeblich zu weicher Haltung in der Debatte um eine Reform des Einwanderungsrechts. Dabei war Cantor von den Demokraten als zentrales Hindernis angesehen worden, um mit den Republikanern zu einem Kompromiss auf diesem Feld zu gelangen. Im Kern geht es dabei jedoch darum, ob rund 12 Millionen in den USA Beschäftigte, die zumeist seit Jahren illegal im Land leben, einen Weg in die Legalität erhalten oder nicht mehr darauf rechnen können.

Der Erfolg des Außenseiters Brat als Repräsentant von erzkonservativen Kräften der Tea -Party - Bewegung wurde in Pressebeiträgen besonders wegen möglicher Auswirkungen auf die von US-Präsident Obama geforderten Einwanderungsreform überschwänglich sogar als Sieg eines Wahlhelden gepriesen.

Als Favorit für die Nachfolge Cantors als Mehrheitsführer gilt die bisherige Nummer drei der Republikaner im Repräsentantenhaus. Es handelt sich um den kalifornischen Abgeordneten Kevin McCharthy, der sich gegenwärtig als so genannter "Whip" (Einpeitscher) dafür einsetzt, dass die 233-köpfige republikanische Abgeordnetenfraktion linientreu abstimmt.

Am 19. Juni 2014 wählten die Abgeordneten der RP den 49-jährigen McCharthy zum Führer ihrer Mehrheitsfraktion im Repräsentantenhaus der USA. Auch er gilt manchen Ultras als zu wenig konservativ, wogegen er sich verwahrt: "Ich werde jeden einzelnen Tag arbeiten, um sicherzustellen, dass diese Fraktion den Mut hat zu führen und die Weisheit zuzuhören."

Nach der Novemberwahl 2014 werden die Ämter neu verteilt. Die Frage ist, ob Kevin McCharthy dem Druck der Erzkonservativen nachgibt und in Verhandlungen mit Obamas Demokraten stur bleibt. Er könne "nein" auf die netteste Art sagen, heißt es in Washington.

### **Bemerkenswertes zum Verlauf von Wahlen in den USA**

Am 2. April 2014 fand eine Sitzung des Obersten Gerichtshofes der USA mit der Tagesordnung: "Verabschiedung eines Beschlusses zur sofortigen Aufhebung der Obergrenze für Wahlkampfspenden" statt. Damit hat die umfangreiche Finanzierung der Wahlkämpfe in den USA eine weitere neue Qualitätsstufe erhalten.

Die allgemeine Obergrenze für Spenden, die US-Bürger bisher an Kandidaten, Parteien und politische Organisationen geben durften, wurde gekippt. Auch wenn das Limit für Einzelzuwendungen an Präsidentschaft- und Kongresskandidaten bestehen bleibt, können

nunmehr künftig finanzstarke Spender die politische Landschaft in den USA mit Millionensummen beeinflussen.

Mit fünf zu vier Stimmen hatte die Mehrheit der konservativen Richter das linksliberale Lager des Obersten Gerichtshofes der USA überstimmt. Sie gaben der Klage eines Geschäftsmannes aus dem Bundesstaat Alabama statt, der als Repräsentant der Republikanischen Partei sein Recht auf Meinungsfreiheit eingeschränkt sah.

Der Oberste Gerichtshof der USA hatte bereits im Jahre 2010 mit Verweis auf die Meinungsfreiheit die bis dahin geltenden Obergrenzen für Wahlkampfgelder von Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften gekippt. Dieses Urteil bereitete den Weg für die sogenannten Super- PACs (Political Action Committees), die als Interessengruppen im Präsidentschaftswahlkampf 2012 mitmischten. Solange sie eine gewisse Distanz zu den Kandidaten wahren, dürfen Super -PACs unbegrenzt viele Spenden annehmen.

Bereits vor mehr als zwei Jahren, am 5. März 2012 veröffentlichten Sebastian Fischer und Marc Pitzke im SPIEGEL ONLINE einen gemeinsamen Beitrag mit der eindeutigen Überschrift "Geld regiert die Politik", in dem sie auf zwei ganz entscheidende Konsequenzen verweisen:

- "Der Präsidentschaftswahlkampf 2012 wird der teuerste und brutalste aller Zeiten werden. Allein Obama hofft auf eine Milliarde Dollar an direkten Wahlspenden, rund 250 Millionen Dollar mehr als vor vier Jahren. Die Republikaner dürften kaum weniger aufbringen. Wie rüde dabei der Umgangston sein wird, zeigen bereits die Vorwahlen der Konservativen, die zur beispiellosen Schlammschlacht verkommen sind, bei der Wahrheit und Fairness nichts mehr zählen."

- "Die wirklich entscheidenden Summen aber, fließen längst woanders, abseits der regulierten Kanäle. Ihre TV-Spots überschreiten meist die Grenzen des politischen Anstands und sind viel effektiver als die offiziellen , zahmeren Auftritte der Kandidaten selbst...Sobald der Vorwahlkampf zu Ende ist und nur noch einer der vier Republikaner - Bewerber steht, dürften deren Super -

PACs ihre Schlagkraft bündeln - gegen Obama Super PAC "Anyone But Obama" ("Jeder Außer Obama) will eine Viertelmilliarde Dollar mobilisieren, um Obama aus dem Weißen Haus zu kugeln.

Der liberale Richter Stephen Breyer machte nun darauf aufmerksam, dass die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes vom 2. April 2014 die Schleusentore für Spenden zum Wahlkampf endgültig geöffnet hat, das heißt: Es wurde eine Hintertür geschaffen, durch die einzelne Bürger einer Partei oder dem Wahlkampf des Kandidaten Millionen von Dollar zukommen lassen können. Die Aushöhlung der bisherigen Gesetze zur Wahlkampffinanzierung sei eine Gefahr für die demokratische Legitimität in den Vereinigten Staaten. Auch Präsident Barack Obama hatte vor einer Abschaffung der Obergrenze gewarnt, da dies den Einfluss der Reichen auf die Politik verstärken und den Kampf gegen die Korruption erschweren würde. Die Republikaner begrüßten dagegen die Entscheidung als Urteil für die Meinungs - freiheit. In den Augen des Parteichefs der Republikaner, Reince Priebus, fördere "das Urteil einen robusten und transparenten politischen Diskurs".

Auf dem bereits erwähnten Bürgerrechtsgipfel in Texas ging Obama mit keinem Wort darauf ein, was sich in den USA getan hat, seit im vergangenen Jahr (2013) der Oberste Gerichtshof eine zentrale Bestimmung des

### **Wahlrechts für Schwarze**

verwarf.

Bestimmte Bundesstaaten und Landkreise, die es den Afroamerikanern damals besonders schwer gemacht hatten, mussten Änderungen ihrer Wahlgesetze nicht mehr der Bundesregierung zur Billigung vorlegen. Seit dem Urteil haben acht der betroffenen Staaten die Möglichkeiten der Bürger zur Wahlteilnahme eingeschränkt. Die meisten verlangen jetzt einen amtlichen Ausweis mit Lichtbild - und halten damit diejenigen Bürger von den Wahlurnen fern, die keinen Führerschein besitzen und einen anderen Ausweis nie beantragt haben, weil das Geld kostet und meistens nicht nötig ist, da

viele Behörden neben der Sozialversicherungskarte (ohne Fots) auch Telefon- oder Stromrechnungen als Identitätsnachweise akzeptieren. So wird in Texas, wo Obama auftrat, zwar ein Waffenschein, nicht aber ein Studentenausweis im Wahllokal anerkannt.

Andere Neufestlegungen kommen in den USA auf den ersten Blick noch harmloser zur Wirkung. In Amerika ist es zum Beispiel üblich, dass in einigen Wahllokalen schon mehrere Wochen vor dem eigentlichen Wahltermin abgestimmt werden kann. Oft konnten sich Erstwähler in einem Aufwasch ins Wählerverzeichnis eintragen lassen und dann ihre Stimme sofort abgeben. In North Carolina etwa wurde diese Möglichkeit jetzt gestrichen, und wie in weiteren Staaten wurde damit das "Frühwählen" abgeschafft. Wenn aber nun beispielsweise sonntags kein Wahllokal mehr offen hat - die Wahltermine sind normalerweise stets Dienstags -, dann können Pastoren nicht mehr ihre Gläubigen nach dem Gottesdienst zur Wahl schicken. Gerade das traf jedoch auf viele schwarze Gemeinden zu. Die Wahlteilnahme armer Bürger wird auch erschwert, wenn systematisch jene Wahllokale geschlossen werden, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sind.

Soziologen und Politiker sind sich weitgehend einig, dass wegen der in republikanisch regierten Staaten beschlossenen Reformen weniger Angehörige von Minderheiten ihre Stimme abgeben werden. Dennoch glauben wenige, dass reiner Rassismus die Abgeordneten, Senatoren und Gouverneure antreibt, die Gesetze zu ändern. Denn in den Augen republikanischer Wahlstrategen sind die Mitbürger, denen dort Steine in den Weg gelegt werden, wohl nicht in erster Linie Farbige oder Arme, sondern Anhänger der Demokraten. Die heftigsten Debatten um das Wahlrecht werden denn auch in den "Schlachtfeldstaaten" geführt, wo minimale Prozentverschiebungen Präsidentenwahlen entscheiden können.

Es ist weiter davon auszugehen, daß die **Wahlkämpfe** vor allem in den letzten Jahren **im Ausmaß immer umfangreicher und in den Formen und Methoden immer härter und schärfer** geworden sind, wie das heute bei Schlammschlachten auch nicht anders sein kann.

Mitte Mai 2014, d. h. zwei Jahre vor dem Stattfinden der Wahl des 45. Präsidenten der USA, lieferten Wahlkampfexperten der Republikanischen Partei sehr beredte Beispiele für die Anstachelung einer politischen Schlammschlacht mit Politikern der Demokratischen Partei:

Allen voran verbreitete der Ex - Wahlkampfstrategie Dr. Karl Rove, der mit allen Wassern gewaschene ehemalige ‚Mann fürs Grobe‘ während der gesamten Bush-Ära, in der gegenwärtigen Tagespresse die ersten ätzenden Behauptungen gegen Hillary Clinton als potentielle Angstgegnerin vom Lager der Demokraten. Rove benutzte einen Krankenhausaufenthalt von Hillary Clinton Ende 2010 zur Behandlung eines Blutgerinnsels im Gehirn zu der giftigen Bemerkung: "Und als sie dann raus kam, trug sie Brillen, die sonst nur Leute mit schweren Gehirnverletzungen haben. Wir müssen wissen, was da los ist." Auf den darauf folgenden Sturm der Entrüstung konterte Rove lediglich mit der Feststellung: "Ich habe ja nicht gesagt, dass sie einen Gehirnschaden hat."

Ehemann Bill Clinton, der 2016 bei einem Wahlsieg seiner Ehefrau gute Chancen hat, der erste "First Husband" in der Geschichte der USA zu werden, warf sich jedenfalls für seine Frau sofort in die Bresche: "Sie hat jede Woche Sport gemacht, sie ist stark, ihr geht es gut." Hillary Clinton selbst schweigt nonchalant. In parteiinternen Umfragen kommt sie regelmäßig auf einen Unterstützungsfaktor von 70 Prozent, während der momentan zweitplazierte Bewerber der DP, Joe Biden, immerhin US-Vizepräsident, nur 14 Prozent erreichte.

### **Außenpolitische Ereignisse in Wahlkampfzeiten**

Eine erste Bilanz zu den außenpolitischen Ergebnissen der Administration von Barack Obama sieht für den Friedensnobelpreisträger nicht gerade positiv aus. Hoffnungen, dass er als liberaler Präsident eine stärkere Frieden stiftende Rolle in der Welt spielen würde, haben sich nicht erfüllt. Befangen in der Überzeugung, die einzige Weltmacht USA zu vertreten und diese Stellung des Landes erhalten zu müssen, und dabei den radikalen Fraktionen bei Republika-

nern und Demokraten nachgebend, kann er dieser Rolle nicht gerecht werden.

Der Wahlkampf in den USA war einer der wichtigsten Hintergründe für Obamas unangekündigten Besuch in Afghanistan.

Obama hat am 28. Mai 2014 in einer Grundsatzrede auf der berühmten Militärakademie West Point im Bundesstaat New York Bilanz gezogen über Washingtons Kurs seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Nach über 10 Jahren Krieg im Ausland, darunter in Afghanistan als den bisher längsten Krieg der USA überhaupt, sprach er sich nunmehr für verstärkte kollektive Lösungen in internationalen Krisen- und Kriegssituationen aus. Es gehe um ein "neues Kapitel in der Außenpolitik" der USA. Er lehnte die alleinige Wahl zwischen Krieg und Rückzug aus internationalen Verpflichtungen ab und bekräftigte dafür den Mittelweg zwischen Isolationismus und Intervention. Die USA hätten die Chance, durch Beispiel und internationale Bündnisse zu führen. "Wir haben eine lange Kriegszeit hinter uns, sagte der Präsident den ersten West-Point-Absolventen seit 'Nine-Eleven'. Kriegseinsätze könnten in Zukunft "nicht jedes Mal der einzige - oder gar der erste - Bestandteil unserer Führung sein. Nur dass wir den stärksten Hammer besitzen, bedeutet nicht, dass jedes Problem ein Nagel ist."

Schöne Worte und Vergleiche, die allerdings näher betrachtet weder die realen internationalen Probleme noch Wege zu ihrer Lösung reflektieren.

Der Terrorismus bleibe für die USA "zu Hause wie im Ausland absehbar die direkteste Gefahr." Dennoch sei die Annahme naiv, man könne jedes Land besetzen, das Terroristen beherberge. Vielmehr müsse die Strategie gegen den Terrorismus neu justiert werden. Obama forderte das Parlament in Washington zur Billigung eines neuen "Partnerschaftsfonds gegen den Terrorismus" im Umfang von fünf Milliarden Dollar auf, um sich gegen neue Terrorgefahren zu wappnen. Welche das sind - so die bisherige Praxis - bestimmen allein die USA.

Die sich vermindernde militärische Präsenz der USA in Afghanistan erlaube es, so Obama, "sich effektiver den wachsenden Gefahren in Nahost und Nordafrika zu widmen." Der Fonds solle benutzt werden, Partnerländer an den Frontlinien auszubilden und auszurüsten", etwa die Sicherheitskräfte im Jemen im Kampf gegen Al Qaida, die multinationale Friedenstruppe in Somalia, die Verstärkung der Grenzkontrollen in Libyen oder französische Operationen in Mali.

Reiner Oschmann kommentiert die "sanfte Sprache" des Präsidenten der USA:

"Sprich sanft und trag eine große Keule bei dir, dann wirst du weit kommen." Die Maxime des imperialistischen Präsidenten "Teddy" Roosevelt (1901 - 1909) schwingt in der neuen Doktrin des heutigen Mannes im Weiße Haus mit. Laut Obamas jüngster Rede handeln die USA künftig zurückhaltender, ehe sie Krisenherde mit Kriegen überziehen. Das wäre eine vernünftige Lehre aus den Völkerrechtsverletzungen in Irak und Afghanistan. Es anerkennt, wie sinnlos geopfert Menschenleben in Kriegen ohne Sicherheitsgewinn sind, und die anvisierte Anhebung der Kriegsschwelle berücksichtigt die schrumpfenden Möglichkeiten der Militärweltmacht."

Obama verkündete, dass die USA bis 2016 ihre Truppen aus Afghanistan zurückziehen werden. Das wurde auch von der NATO begrüßt, allerdings mit dem Hinweis, dass die Regierung in Kabul dazu das bereits ausgehandelte Abkommen über den rechtliche Status ausländischer Soldaten unterzeichnen müsse, was nach der Neuwahl des Präsidenten von Afghanistan erfolgen soll. Karsai hat offensichtlich gewusst, warum er es - obwohl bedrängt - nicht unterzeichnet hat. Keines der Probleme des Landes ist nach dem zehnjährigen Militäreinsatz nachhaltig gelöst.

### **" Die Asien - Pazifik - Reise des Präsidenten "**

Im April absolvierte US-Präsident Barack Obama eine auf sieben Tage angelegte nach Japan, Südkorea, Malaysia und den Philippinen. Die wirtschaftliche und vor allem die militärische Zusammenarbeit bei noch zu verstärkender militärischer Präsenz seitens der USA in Asien soll zügig ausgebaut werden.



Seit dem Herbst 2011 ist die Asien - Pazifik - Region der Dreh- und Angelpunkt sowohl für die US-amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik, als auch für die Militär- und Handelspolitik geworden. Bis 2020 sollen in dieser Region 60 Prozent der US-amerikanischen Kriegsflotte ständig im Einsatz sein. Bereits gegenwärtig forciert Washington den Aufbau neuer Militärstützpunkte in Japan, Südkorea und auf der Pazifikinsel Guam. Gleichzeitig sollen verstärkt Truppenkontingente und Kriegsmaterial in Australien und den Philippinen stationiert werden.

Diese Strategie, die eindeutig gegen China gerichtet ist, sollte mit der Reise weitere Impulse erhalten. Welch eine Heuchelei, wenn Obama auf der ersten Station seiner Reise, in Japan; erklärt: "Wir setzen unsere Politik fort, einen friedlichen Aufstieg Chinas zu unterstützen."

Mit Japan und Südkorea konnten sich die USA seit Ende des Zweiten Weltkrieges die längste Zeit auf zwei enge Verbündete und verlässliche Partner in Ostasien verlassen, mit denen auch keine nennenswerten Friktionen entstanden. Doch das hat sich in den letzten Jahren geändert, zumal das Verhältnis zwischen Tokio und Seoul noch nie so angespannt war wie heute. Eben dadurch wurde den Vorhaben der USA mancher Dämpfer verpaßt.

Bei der diesjährigen Reise ist für die Stationen **Japan** und **Südkorea** neben den üblichen protokollarischen Höhepunkten hervorzuheben: In beiden Ländern versicherte man sich der gegenseitigen Solidarität - so auch in den bekannten territorialen Streitfragen (Streit um die Senkaku - Inseln mit China) und in den Positionen gegen Raketenrüstung und Atomwaffenprogramm in Nordkorea.

Die von Obama angestrebte Unterschrift Japans unter das Trans-Pazifische Partnerschaftsabkommen (Freihandelsabkommen) kam nicht zustande.

Der Besuch in Südkorea wurde durch den Untergang des Fährgastschiffes "Sewol" im Süden des Landes überschattet, bei dem 300 Menschen ums Leben kamen. In den offiziellen Gesprächen zwischen US-Präsident Barack Obama und der Präsidentin Südkoreas Park Guen-hye überwogen neben Bekundungen der Solidarität vor

allem Drohungen an Nordkorea, so auch mit Sanktionen – „die mehr beißen“, wie sich Obama ausdrückte. Ein solches Beispiel sei der für 2015 geplante Transfer der Truppenbefehlsgewalt im Kriegsfall von den US-Streitkräften an Südkorea. Derzeit haben die USA 28.500 Soldaten in Südkorea stationiert. Es solle dem Atom- und Raketenprogramm Nordkoreas entgegengetreten werden, das, so Obama, „ auch eine direkte Bedrohung für die USA“ sei.

Nach 50 Jahren betrat mit Obama erstmalig wieder ein USA Präsident malaiische Erde. **Malaysia** erwies sich – das war gewiss auch für den Besuch von Obama von Bedeutung – als ein wichtiger Partner in Asien für die USA nicht zuletzt um ein Gegengewicht zur VR China herzustellen. Dazu kommt, dass es direkt an der Strasse von Malakka, an einer der wichtigsten Schifffahrtsstrassen der Welt, liegt. Anrainer sind auch die wirtschaftlich fortgeschrittenen südostasiatischen ASEAN - Staaten, die sich 2015 zu einer Freihandelszone zusammenschließen wollen.

Die im Herbst 2011 von den USA verkündete und praktizierte politische Strategie des

### **"Pivot to Asia" (Asien als Dreh- und Angelpunkt)**

braucht dringend **einen neuen Militärvertrag zwischen USA und den Philippinen**, Dies war das eigentliche Hauptanliegen des gesamten Vier – Staaten - Besuches in Asien.

Das in Manila unterzeichnete "Abkommen über Erweiterte Verteidigungskooperation" (AEDC) ist auf 10 Jahre ausgelegt und garantiert den USA, dass die Region Asien künftig als Dreh- und Angelpunkt US-amerikanischer Militär-, Außen- und Handelspolitik dient. Die Ziele dafür wurden bereits Anfang Januar 2012 im Dokument "Sustaining U. S. Global Leadership Priorities for 21st Century Defense" formuliert.

Die Philippinische Aquino-Regierung begrüßte diese Strategie und bewertete sie als verheißungsvolle Unterstützung der eigenen Außen-, Sicherheits- und Innenpolitik. In Krisenzeiten sollen die Truppen schneller einsatzbereit sein. Außerdem erwartet die philippinische Regierung mehr Druck auf China, denn sie streitet mit Peking

um die Hoheitsrechte über eine Inselgruppe im Südchinesischen Meer in der Nähe erdölreicher Gewässer. Es geht also auch hier um ganz vitale Wirtschaftsinteressen. Kritiker auf den Philippinen befürchten, dass Peking den neuen Militärvertrag als "Provokation" versteht, so dass diplomatische Lösungen noch schwieriger werden. Und sie sehen eine weitere Gefahr. Durch die erweiterte militärische Zusammenarbeit mit den USA könnte man nun auch "nicht staatliche Feinde", sprich Terroristen, anziehen".

Als US-Präsident Barack Obama am 28. April 2014 auf den Philippinen eintraf, schallte ihm im Malacanang-Palast ein "NObama" entgegen Tausende hatten sich vor dem Palast versammelt, um gegen das neue Militärabkommen zu protestieren.

(Quellen: neues deutschland vom 26./27. April 2014, S. 6, vom 29. April 2014, S.4, und vom 7. Mai 2014, S. 3, sowie Berliner Zeitung vom 7. Mai 2014, S. 28.)

So ist als Hauptanliegen und Bilanz der gesamten Vier-Staaten-Reise Obamas durch Asien das in der Hauptstadt der Philippinen unterzeichnete "Abkommen über Erweiterte Verteidigungskooperation" (AECD") hervorzuheben.

### **US-Präsident Barack Obama verkündet Bereitschaft der USA zu gezielten und präzisen Militärschlägen im Irak**

Am zweiten Wochenende im Juni 2014 verschickten die USA angesichts der bedrohlichen Offensive fanatischer Terrorgruppen der ISIS (Organisation islamischer Staat im Irak und in Syrien) und deren Vormarsch auf die Irak-Hauptstadt Bagdad zum Schutz der größten US- Botschaft in der Welt und der im Irak befindlichen US-Bürger eine 275-Mann starke und gut ausgestattete Spezialeinheit, um zu erkunden, "wie die USA irakische Sicherheitskräfte am besten trainieren, beraten und unterstützen können.

Nach einem Treffen mit seinem Sicherheitskabinett knüpfte Präsident Barack Obama die Bereitschaft der USA für gezielte und präzise Militärschläge im Irak an die Bedingung, dass es im Irak zur Bildung einer neuen Führung komme.

Die USA wollen einen Regimewechsel im Irak und drängen daher zum Rücktritt des irakischen Ministerpräsidenten Nuri al Maliki und zur Bildung einer gemeinsamen multi-ethnischen Regierung der nationalen Einheit, in der Schiiten, Sunniten und Kurden vertreten sein sollen.

Die Regierung der USA macht Maliki für die kritische Lage im Irak verantwortlich. Dessen einseitig auf die Interessen seiner schiitischen Volksgruppe ausgerichtete Politik spalte das Land. Mit der Diskriminierung von Sunniten und Kurden treibe die Regierung den Rebellen auch gemäßigte Oppositionelle zu. Auch US-Außenminister John Kerry distanzierte sich klar von Maliki: Washington sei bemüht, in der Krise allen Irakern zu helfen. Die Vorsitzende des Geheimdienstausschusses im US-Senat und Obama -Vertraute Dianne Feinstein wurde deutlicher; "Die Regierung Maliki muss gehen, wenn wir eine Art Versöhnung wollen", sagte sie im Kongress. Der republikanische Senator John McCain forderte Obama auf, er solle Maliki klarmachen, "dass seine Zeit vorbei ist".

Iraks Premier Al Malak lehnte am 15. Juni 2014 in einer vom Fernsehen übertragenen Rede die Forderung nach einer Einheitsregierung ab. Dies sei ein Putsch gegen die Verfassung. Der junge demokratische Prozess werde zerstört und die Stimmen der Wähler gestohlen. Seit den von seiner schiitischen Volksgruppe gewonnenen Wahlen am 30. April 2014 hatte er es jedoch nicht geschafft, eine neue Regierung zu bilden, weil er dabei auf die Zusammenarbeit mit Konkurrenten angewiesen ist.

Seit Anfang Juni 2014 eroberten Kämpfer der radikal - sunnitischen Extremistengruppe Islamischer Staat im Irak und in Syrien (Isis) weite Teile des Nordirak. Und inzwischen steht Al Maliki auch international unter Druck, um Einbindung aller wichtigen politischen Gruppen eine Einheitsregierung zu bilden, um der Lage wieder Herr zu werden. Neben den Sunniten sind dies vor allem die Kurden, die das Chaos nutzten, um selbst die Kontrolle über strategisch wichtige Regionen wie die Ölstadt Kirkuk zu übernehmen.

Beim Vormarsch der Terroristengruppe ISIS im Irak sind nach Kenntnis des in Genf ansässigen UN-Hochkommissariats für Menschenrechte im Juni mindestens 1.075 Menschen getötet worden. Die weitaus meisten davon waren Zivilisten. Fast weitere 600 Menschen seien verletzt worden.

Die Bildung einer neuen Regierung über die Grenzen der verfeindeten politischen Lager hinweg gilt als Voraussetzung, um den Vormarsch der sunnitischen Miliz islamischer Staat im Irak und in Syrien (Isis) stoppen zu können. Am 26. Juni 2014 erließ Staatspräsident Dschalal Talabani einen Erlass, dass am 1. Juli 2014 das Parlament zusammenkommen soll, um den Beginn der neuen Regierungsbildung einzuleiten.

Staatspräsident Talabani gehört der kurdischen Bevölkerungsgruppe an, die offen gegen die Zentralregierung in Bagdad opponiert. Sein Erlass wird als Versuch bewertet, den Rücktritt Al-Malikis zu befördern: Scheitert die Regierungsbildung, könnte er leichter aus dem Amt gedrängt werden. Al-Malikis Kritiker fordern die Bildung eines Kabinetts, in dem Schiiten, Sunniten und Kurden ausreichend repräsentiert werden.

Wer geglaubt hatte, die Obama- Administration würde durch die "Pivot to Asia"-Strategie sowie ihre Interventionen im Nahen Osten den

### **Kontinent Europa**

vernachlässigen oder ihm gar eine weniger bedeutsame Rolle in ihrer Weltpolitik zuweisen, musste absolut umdenken:

**Politischer Hauptgegner für die USA in Europa war und ist nach wie vor die Großmacht Russland.**

Mit Bildung der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) befindet sich Russland in einer Gemeinschaft aufstrebender Volkswirtschaften, die auf Grund ihrer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Stärke beträchtliche alternative Konstruktionen zur Neuordnung der Welt sowohl etablieren als auch gegen die USA und die EU praktisch durchsetzen kann.

Daran aktiv beteiligt sind: Brasilien als Lieferant von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten, Russland mit seinem beträchtlichen Besitz von Vorräten an Erdöl und vor allem an Erdgas sowie an Industrieeinrichtungen, Indien als "Denkfabrik" und größter Generika - Hersteller der Welt mit einer rasch und breit vor sich gehenden Industrialisierung, die Volksrepublik China als "Werkbank der Welt" für immer mehr Innovationen und einem riesigen Binnenkonsum für ca. 800 Millionen potentielle Käufer und nicht zuletzt Südafrika als "Tor zum afrikanischen Kontinent".

Für die politischen Strategen in den USA drängte sich Russland betreffend die Schlussfolgerung auf, dass der Zeitpunkt zur Organisation eines Wirtschaftskrieges bei umfassendem Einsatz von Sanktionen, angefangen bei Einzelpersonen, Gruppen von Firmen und Banken, Wirtschaftszweigen bis hin zu staatlichen Bereichen, gekommen sei.

Die Globalstrategen in den USA, die seit langem Russland „eindämmen“ bzw. „ausschalten“ wollten wissen, dass die Ukraine allein auf Grund ihrer geostrategischen Lage als auch ihrer Geschichte eine wichtige Stellung für die Einkreisung Russlands einnimmt. Die kaum übersehbaren krisenhaften Konflikte boten für die USA und alle sie unterstützenden Kräfte aus der NATO und der EU, die Situation in ihren Interesse zu eskalieren.

Die verschiedenen Etappen der Ukraine - Krise haben die wahren Interessen der USA in Europa deutlich gemacht und auch die EU als ein expansionistisches Staatenbündnis entlarvt.

Als der Präsident der Ukraine, Viktor Janukowitsch, auf dem EU - Osterweiterungs - Gipfel in Vilnius Ende November 2013 die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens mit der EU verweigerte, wurde er aus der Ukraine vertrieben und durch einen bewaffneten Mob gestürzt, nachdem Scharfschützen im Februar auf dem Maidan ein Blutbad angerichtet hatten. Bis heute liegen zu den Hintergründen keine unabhängigen Ergebnisse vor. Offenbar hat die Regierung in Kiew an einer unabhängigen Untersuchung auch kein Interesse.

Ebensowenig gab es von unabhängiger Seite eine Untersuchung, als nach einer Demonstration gegen die Machthaber in Kiew am 2. Mai in Odessa mindestens 48 Regierungsgegner im dortigen Gewerkschaftshaus von einer regierungstreuen rechten Meute auf furchtbare Art und Weise ermordet wurden.

Großdemonstrationen in der Ostukraine für die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung und eine Föderalisierung des Landes sowie die Abwehr des Einflusses faschistischer Kräfte beantwortet das Regime in Kiew mit einer militärischen Strafexpedition. Dabei beschuldigt Kiew Russland, die Kräfte die sich auch militärisch dem widersetzen, zu unterstützen. Das wird von den westlichen Regierungen und den staatlichen Medien aufgegriffen für die Anstiftung von Russenhas und einem entsprechenden Feindbild benutzt.

Der Absturz von Flug MH17, bei dem 298 Menschen starben, ist nicht aufgeklärt. Trotzdem hat auch die Bundesregierung diese Tragödie sofort dazu benutzt, Russland indirekt für die Katastrophe verantwortlich zu machen und damit neue Sanktionen zu rechtfertigen.

Der ukrainische Präsident und Multimilliardär Petro Poroschenko setzte beim Streit mit den Rebellen in der Ostukraine von Anfang an auf eine militärische Lösung. Inzwischen sind tausende Menschen ums Leben gekommen. Darunter nach UNO-Angaben mehr als 1000 unbeteiligte Männer, Frauen und Kinder. Nach Medienberichten könnten bei der jüngsten Offensive der ukrainischen Truppen Phosphorgranaten und ballistische Raketen mit enormen Zerstörungspotential zum Einsatz gekommen sein. "... (es) besteht der begründete Verdacht, dass es zu Kriegsverbrechen gekommen ist. Auch die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat diese Befürchtung geäußert."

Quelle: Wirtschaftskrieger auf Eskalationspfad. In neues deutschland vom 11. August 2014, S. 4.

Als „Regisseur“ des Umsturzes in Kiew fungierte der US-Vizepräsident Joe Biden. „Im Auftrag Obamas hat sich Biden in den vergangenen Monaten mit großem Engagement in die Krise im öst-

lichen Europa eingemischt“ berichtete die „Berliner Zeitung“ vom 26.2. 2014.

So wurde in Kiew ein Regime installiert - eine Mischung aus Oligarchen, Radikalen, Nationalisten und auch Faschisten, das einen blutigen Bürgerkrieg gegen die Bevölkerung der Ostukraine führt und volle Unterstützung durch die US-amerikanische Administration erhielt - politisch, propagandistisch, geheimdienstlich und militärisch.

Hauptsächliches Ziel war und ist, einen Vorposten gegen Russland - unmittelbar an dessen Grenzen - zu schaffen. Aufschlussreich war auch, dass die Obama - Administration bei ihrem Konfrontationskurs gegen Russland auf den „No - Rivals - Plan“ hinwies, nachdem für die Weltmacht USA kein Rivale zugelassen werden darf.

Die drastische Aktivitäten von Präsident Obama zu einer verstärkten Militärpräsenz der USA in Europa stehen damit im Zusammenhang.

Am 3. Juni 2014 startete **Obama eine Europa - Reise** nach Warschau, nach Brüssel zum G7 Gipfel und schließlich in die Normandie - hier zu den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Landung der Alliierten im Zweiten Weltkrieg.

Zentral mit der NATO abgesprochen war ein Plan unter der Überschrift "Initiative zur Rückversicherung Europas" mit einem finanziellen Aufwand bis zu einer Milliarde US-Dollar (735 Millionen Euro). Als Reaktion auf die Ukraine - Krise wollen die USA zusätzliche US-Boden, -Luft- und Marine - Streitkräfte zum Einsatz bringen, speziell für die "neuen Alliierten" in Osteuropa.

In einer Erklärung des Weißen Hauses heißt es dazu, dass dies nicht etwa zu Lasten der USA - Verteidigungsprojekte im asiatisch - pazifischen Raum gehen soll.

Auch die Fähigkeiten von Nicht - NATO - Mitgliedern wie der Ukraine, Georgien und Moldawien zur Zusammenarbeit mit den USA und der NATO sollen mit der Initiative gefördert werden. Auch von einer Unterstützung deren Armeen ist die Rede...



"Wir überprüfen unsere Truppenpräsenz in Europa im Lichte der neuen Sicherheits - Herausforderungen auf dem Kontinent", so Obama, der den Kongress um Unterstützung seiner europäischen Sicherheitspolitik ersucht.

Analysiert man die Reden und Aktivitäten so hat auch hier die militärische Option Vorrang. Sie wird begleitet von scharfen verbalen Angriffen und Schuldzuweisungen gegen Russland hinsichtlich des Konflikts in der Ukraine. Und da sind sich die Demokraten mit Obama an der Spitze weitgehend mit den Republikanern einig.

Polen als Nachbarland der Ukraine war die erste Station der Reise.

Die zwei wichtigsten Aktivitäten Obamas in Warschau waren:

Erstens: Mit Polens Staatspräsident Bronislaw Komorowski wurde eine verstärkte Militärpräsenz der USA an der Ostküste Polens besprochen. Obama betonte, dass Polen und USA "Schulter an Schulter" für den Frieden stünden. Beide verwiesen auf die 150 US-amerikanischen Soldaten, die seit Mai 2014 in Polen stationiert sind. Komorowski hob hervor: "Für uns ist es enorm wichtig, dass die USA mit ihren F 16 Kampfflugzeugen ihre Waffenbrüderschaft mit Polen zeigen." Und Obama unterstrich, dass sich die USA der Sicherheit Polens und der anderen europäischen Partnerländer verpflichtet fühlen.

Zweitens: In der Zeit der Ukraine - Krise kam US-Präsident Barack Obama in Warschau zum ersten Mal mit dem neu gewählten ukrainischen Präsidenten zusammen. In dem Gespräch erklärte Obama, dass die Ukraine mit Unterstützung der Internationalen Gemeinschaft eine dynamische, erfolgreiche Demokratie werden könne und versicherte: "Die Vereinigten Staaten stehen hinter dem ukrainischen Volk - nicht nur in den kommenden Tagen oder Wochen, sondern in den kommenden Jahren."

Er bot Präsident Poroschenko langfristige Hilfe an: Neben der Ausbildung des Militärs und der Polizei wollen die USA der Ukraine weitere Ausrüstung im Wert von fünf Millionen US-Dollar schi-

cken, darunter Körperpanzerung, Nachtsichtbrillen und Kommunikationsgeräte.

Poroschenko seinerseits hatte noch in Warschau Polen und den westlichen Staaten für die Solidarität gedankt, die seinem Land entgegengebracht wurde: "Wir sehen, dass in diesem Moment die ganze Welt an unserer Seite steht."

Nun ist der Konflikt damit nicht beendet. Im Gegenteil. Angesichts der Eskalation der verbalen Attacken gegen Russland, sowohl von Seiten der USA als auch der EU, fühlt sich das Regime in Kiew ermuntert diplomatische Lösungen des Konflikts zu torpedieren und seine militärische Strafexpedition im Osten der Ukraine unvermindert fortzusetzen.

Einen Höhepunkt hat die Hetze gegen Russland im Zusammenhang mit dem Absturz der malaiischen Passagiermaschine erreicht, für den die Aufständischen bzw. Russland verantwortlich gemacht werden, ohne dass prüfbare Beweise vorgelegt werden.

Moskau hat seine Belege für jene Vorgänge öffentlich vorgelegt, während die USA bisher nicht einen Beweis für eine russische Schuld an dem Flugzeugabschuss beigebracht haben, trotz NSA, US-Flotten-einheiten im Schwarzen Meer, Satellitenaufklärung und CIA. Nur die US-Versicherung: „Wir wissen es. Ihr müsst uns glauben!“ – Was sich schon seit sechzig Jahren stets als Lüge erwiesen hat. Die gesamte „Russland-Politik“ der Obama-Administration - vermerkt Erhard Crome im „Blättchen“ - reduziert sich nur noch auf: Sanktionen, Sanktionen, Sanktionen!

### **Sanktionsfieber**

Auf dem Hintergrund der Ukraine - Krise werden gegenwärtig von den USA und ihren Satrapen in der EU Sanktionen gegen Russland erlassen, die man zunehmend auch als Wirtschaftsembargo bzw. Wirtschaftskrieg bezeichnen muss. Sie richten sich gegen Personen, Firmen, Bereiche und Zweige Wirtschaft, auf die Verhinderung des Zugangs zu Finanzmärkten, den Export von Rüstungsgütern und Hochtechnologien im Energiebereich. Das Ziel ist Russland zu

schwächen und ihm gegenüber die politischen Ziele des Westens durchzusetzen. Nicht zuletzt angesichts der außerordentlich drastischen Gegen-Sanktionen Russlands vom August 2014 ist absehbar ist, dass das nicht gelingen wird.

Typisch ist, dass die US-Administration zur Durchsetzung dieser Art von Politik (und nicht nur gegenüber Russland) zur Erhaltung ihrer Weltmachtstellung eine Leitungsstruktur in der Administration eingerichtet hat, die etwa wie folgt aussieht: Die US-Regierung legt die Ziele der Sanktionen fest. Die konkreten Opfer werden dann von den so genannten Targeters - im "Office of Foreign Assets Control" (kurz OFAC) festgelegt.

Das OFAC, eine Abteilung des Bundesfinanzministeriums, wurde im Jahre 1950 gegründet, ihr Budget lag bei rund 30 Millionen Dollar. Hier durchforsteten 170 Mitarbeiter die globalen Finanzdaten, entwirrten grenzüberschreitende Beteiligungsnetze, suchten und fanden die Zielpersonen, Zielfirmen und Zielstaaten. Bei der Wahl der Ziele achteten sie darauf, dass die USA möglichst wenig Schaden nehmen.

Die Obama - Administration ging im März 2014 mit ihren neuen, am 28. April 2014 öffentlich bekannt gegebenen, Sanktionen, erstmals in einem großen Maßstab gegen die russische Wirtschaft vor, nachdem sie bisher als einzig wichtiges Großunternehmen, die Bank "Rossia", auf die schwarzen Liste gesetzt hatte.

Nunmehr setzt das US-Finanzministerium nicht nur weitere russische Persönlichkeiten, sondern auch Unternehmen auf die schwarze Liste.

Die Guthaben aller jetzt Geächteten werden blockiert, und kein US-Bürger darf mit ihnen irgendwelche Geschäfte machen.

Die auf der schwarzen Liste stehenden Personen haben Einreiseverbot. Darüber hinaus kündigten am 28. April 2014 das Handels- und das Außenministerium an, dass sie künftig keine Lizenzen mehr für den Export von Gütern der Hochtechnologie erteilen werden, die Russlands militärische Kraft und Fähigkeiten fördern könnten.

Als juristische Grundlage für den Komplex der neuen Sanktionen der USA gegen Russland hat US-Präsident Obama Anordnungen (Executive Orders - E. O.) erlassen:

Am 6. März 2014 E. O. Nr. 13660 erlaubt lediglich Sanktionen gegen Personen, die beschuldigt werden, "Frieden, Sicherheit, Stabilität, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine zu bedrohen.

Am 16. März 2014 E. O. Nr. 16661 ermöglicht Strafmaßnahmen gegen jeden Angehörigen des russischen Regierungsapparats und gegen sämtliche Staatsbetriebe.

Am 20. März 2014 E. O. Nr. 13662 gestattet darüber hinaus Sanktionen gegen alle russischen Banken, Energieunternehmen, Erz und Kohle fördernde Firmen und gegen die gesamte Rüstungsindustrie.

Das Finanzministerium kann diese Liste jederzeit um weitere Wirtschaftszweige ergänzen.

Die neuen Sanktionen der 28 Mitgliedsstaaten der EU vom 28. April 2014 nehmen sich vergleichsweise bescheiden gegenüber den Sanktionen der USA aus. Der schwarzen Liste, auf der bereits 33 Russen und Ukrainer stehen, wurden 15 weitere Namen hinzugefügt. Die Konten der Betroffenen werden blockiert, und sie haben Einreiseverbote in allen 28 Ländern der Union. Vor Schritten gegen russische Unternehmen schrecken die europäischen Regierungen bisher noch zurück. Das ist damit zu erklären, dass das Handelsvolumen der EU mit Russland mehr als zehn mal so groß ist wie das der USA. Was die Exporte angeht, ist Russland der drittwichtigste Handelspartner der EU. Um so mehr ist Europa von den drakonischen Gegen - Sanktionen Russlands auf dem Agrar- und Flugsektor betroffen. Hier hat sich eine dramatische Entwicklung aufgebaut, die sorgsam überdacht werden muss.

**Ereignisse, die hierzulande gern verschwiegen oder heruntergespielt werden.**

Russlands Präsident Wladimir Putin und der Präsident der VR China, Xi Jinping, demonstrierte bei seinem zweitätigem Staatsbesuch

von Putin am 20. und 21. Mai 2014 in der Volksrepublik China die enge Partnerschaft zwischen beiden Ländern und dem bevorstehenden enormen Ausbau ihrer Wirtschaftskooperation als ein Faktor für Sicherheit in der Welt.

Zum gleichen Zeitpunkt warb Xi -Jingpin für eine gemeinsame Sicherheitsstrategie in Asien und betonte dabei, dass die meisten der aufstrebenden Ökonomien in der Welt zu dem asiatischen Kontinent gehören. Die Länder der Region sollten die Chance nutzen, die Entwicklung durch Solidarität und Kooperation zu fördern.

Nach langen Verhandlungen haben sich Moskau und Peking auf einen neuen Gasvertrag geeinigt. Der Abschluss hat mit der Krise in der Ukraine zu tun. Es wurde ein Jahrhundertvertrag unterzeichnet: Ab 2018 sollen jedes Jahr 38 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus Ostsibirien nach China durch eine Rohrleitung, die noch gebaut werden muss, gepumpt werden. 30 Jahre lang, der Gesamtwert beträgt 400 Milliarden US-Dollar (292 Milliarden Euro).

Es handelt sich um den größten Gasvertrag in der russischen und sowjetischen Geschichte. Dieser wurde von den Chefs der Staatskonzerne Gazprom und CNPC in Anwesenheit der Staatschefs Wladimir Putin und Xi Jinping unterzeichnet.

Die Realisierung des Vertrages bringt es mit sich, dass das weltweit größte Bauvorhaben der nächsten vier Jahre geschaffen werden muss, sagte Putin: Auf russischer Seite müssen die neuen Gasfelder Kowykta und Tschajanda ausgebaut werden. Diese Vorkommen reichen garantiert für Russlands eigenen Bedarf und den Export für noch mindestens 50 Jahre. Der Investitionsumfang wird allein auf der russischen Seite auf 50 Milliarden US-Dollar geschätzt.

Gazprom und CNPC hatten über den Vertragsabschluss seit Jahren verhandelt. Nun wird viel über den ausgehandelten Preis spekuliert, der vorläufig als Geschäftsgeheimnis behandelt wird.

Das schmälert in keiner Weise die Bedeutung dieses Vertrages als ein politisches und wirtschaftliches Jahrhundertabkommen.

Ein weiteres politisch und wirtschaftlich bedeutsames Ereignis fand am

29. Mai 2014 statt: die Präsidenten Russlands, Wladimir Putin, Belarus, Alexander Lukaschenko, und Kasachstans, Nursultan Nasarbajew unterzeichneten die Gründungsdokumente der Eurasischen Wirtschaftsunion.

Rainer Rupp macht uns in der Jungen Welt vom 31. Mai/1. Juni 2014 auf der Seite 9 in seinem Beitrag: "Rohstoffe und mehr" mit dem Untertitel "Gemeinsamer Markt, Interessenausgleich und 'Freundschaftsbund': Russland, Belarus und Kasachstan einigen sich auf Eurasische Wirtschaftsunion" umfassend mit diesem historisch bedeutsamen Ereignis bekannt:

In Astana unterschrieben Wladimir Putin, Nursultan Nasarbajew und Alexander Lukaschenko nicht nur Papiere. Mit ihrem Bekenntnis zur Bildung eines einheitlichen Marktes für Waren und Dienstleistungen setzten sie auch ein politisches Zeichen gegen westliche Boykottbestrebungen. Mit der Unterzeichnung des Abkommens endete eine fast fünf Jahre dauernde Vorbereitungszeit, die 2009 mit der Schaffung einer Zollunion begonnen hatte. Dafür müssen insbesondere noch einheitliche Gas- und Ölmärkte geschaffen werden, während die Handelspolitik der Wirtschaftsunion unverändert bleibt. Putin betonte bei der Feierstunde, dass die Union etwa ein Fünftel der weltweiten Gasreserven sowie 15 Prozent der Öllagerstätten kontrolliere.

Doch das Bündnis will mehr sein als ein globales Rohstoffoligopol. Ähnlich wie früher bei der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wird es nach Außen einheitliche Zollregulierung und -tarife sowie freie Warenbewegungen im Inneren der Union geben. Gleiches gilt auf dem Markt für Dienstleistungen, auf den etwa die Hälfte der Wirtschaftsleistungen der neuen Union entfällt. Auch das Prinzip bei der Verteilung der Einnahmen aus den Einfuhrzöllen bleibt gleich: Russland würde 87,97 Prozent, Kasachstan 7,33 Prozent und Belarus 4,7 Prozent erhalten. Laut Erklärung der russischen Präsidentschaftsverwaltung werde die neue Union ein selbständiges Subjekt des Völkerrechts sein.

Die Regeln sind überschaubar: Jedes Mitgliedsland kann seine eigene Industriepolitik betreiben und auch Unternehmen subventionieren. Letzteres darf jedoch nicht zu Dumping führen, also zwecks Exporteinnahmen oder der Verdrängung von Wettbewerbern eigener Produkte unter den Herstellungskosten im anderen Land zu verkaufen. Innerhalb der Union können auf bestimmte Produkte Zölle für bis zu sechs Monate erhoben werden. Angeglichen werden sollen die Investitionsrichtlinien. Zugleich wollen sich Russland, Belarus und Kasachstan in einem nächsten Schritt auf eine einheitliche makroökonomische Kartell-, Währungs- und Finanzpolitik einigen. Von einem Übergang zu einer Währungsunion ist in dem Dokument keine Rede.

Es handele sich um ein neues Modell der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im postsowjetischen Raum, so der kasachische Präsident Nasarbajew. Zugleich lasse die Organisation die staatliche Unabhängigkeit der Mitgliedsstaaten unberührt, betonte er. Auch Lukaschenko wies westliche Unterstellungen zurück, dass es hier um die Wiederauferstehung der Sowjetunion gehe. Es sei ein "Freundschaftsbund" zwischen gleichberechtigten Staaten, sagte er.

Die inzwischen auf antirussische Demagogie eingeschworenen deutschen Konzerne und Staatsmedien sehen das anders. Unter der Überschrift "Zum Unterschreiben verdammt" berichtet beispielsweise die FAZ vom angeblich "unklaren wirtschaftlichen Erfolg" der neuen Wirtschaftsunion, in der sich "die kleinen Partner Moskaus übervorteilt" sähen.

Auch andere "Qualitätsmedien" hetzen eifrig gegen Moskau. Präsident Wladimir Putin werfen sie vor, die ehemaligen Sowjetrepubliken wieder unter die Vormacht Russlands zwingen zu wollen, um seine so genannten "neoimperialistischen Ambitionen" voranzutreiben. Daher könne die Tatsache, dass auch die früheren Sowjetrepubliken Armenien und Kirgisien in nächster Zeit als Mitglieder der Eurasischen Wirtschaftsunion aufgenommen werden wollen, nur mit russischen Erpressungsversuchen "erklärt" werden.

Dass diese Staaten nach dem Ende der Sowjetunion nicht nur in der seinerzeit gebildeten Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), sondern auch in anderen politischen und sicherheitspolitischen Organisationen erfolgreich und zum gegenseitigen Vorteil zusammenarbeiten, passt ganz offensichtlich nicht ins gegenwärtige Grundmuster westlicher "Berichterstattung" aus diesem Raum: Der umfasst fast 200 Millionen Einwohner (170 Millionen in den drei Gründerstaaten) und ist mit rund 20 Quadratkilometern annähernd so groß wie Nord- und Zentralamerika zusammen."

Schließlich haben im Juli die BRICS - Staaten auf ihrem Gipfel in Brasilien mit der Gründung einer gemeinsamen Bank und eine Währungsfonds eine neue Etappe in ihrer politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit eingeleitet.

Ein historisches Ereignis auf dem Weg zu einer multipolaren Weltordnung, das noch gesondert thematisiert werden sollte.

Diese Anforderung gilt ebenfalls für ein hier noch gar nicht angeschnittenes Problem: der mit harten Bandagen ausgefochtene Kampf der USA im Rahmen der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Europa zum Zwecke der Durchsetzung US-amerikanischer Standards als Richtlinien für das gesamte Vertragswerk.

Über beides müssen noch gründliche Analysen angestellt werden, was den Rahmen meines jetzigen Artikels aber sprengen würde. In diesem Sinne: Fortsetzung folgt!